



11.11.2025 12:32 CET

Marktkommentar: ZEW-Frühindikatoren signalisieren, dass Unternehmen eine spürbare Konjunkturbelebung immer mehr in Frage stellen

Die Konjunkturerwartungen des Mannheimer Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) für November sind mit 38,5 Punkten (Oktober: 39,3 Punkte) schlechter als erwartet ausgefallen. Der Lageindikator für Deutschland ist um 1,3 Punkte gestiegen und liegt nun bei minus 78,7 Punkten. Dazu teilt **Klaus Niedermeier**, Leiter Investment Strategie der apoBank, mit:

Die beiden Frühindikatoren des ZEW signalisieren, dass die befragten Unternehmen in den kommenden sechs Monaten eine spürbare Belebung der Konjunktur immer mehr in Frage stellen. Die zwischenzeitliche Zuversicht stützte sich auf die Fiskalpolitik, die im Frühjahr ein historisches Schuldenpaket verabschiedet hat und damit in den nächsten beiden Jahren die Wirtschaft ankurbeln will.

Wir gehen trotz des etwas geringeren Optimismus der befragten Unternehmen davon aus, dass die deutsche Wirtschaft im kommenden Jahr um 1,4 Prozent wachsen wird. Damit liegen wir über dem Konsensus des Marktes, der nur ein Wachstum von 1,1 Prozent prognostiziert.

Wir gehen allerdings nicht davon aus, dass die positiven Effekte auch auf die Eurozone überschwappen werden. Der Grund: Viele Maßnahmen haben einen starken nationalen Charakter - und Länder wie Spanien, Italien und Frankreich werden im kommenden Jahr weniger wachsen als im laufenden Jahr. Per se tritt das Wachstum der Eurozone somit auf der Stelle.

Im Gegensatz zur Prognose fällt die Beurteilung der aktuellen Situation immer noch pessimistisch aus. Die vom ZEW befragten Unternehmen schätzen ihre aktuelle Lage zwar etwas besser ein als zuletzt, der Lageindikator bleibt aber im negativen Bereich. Gründe hierfür sind das bis dato schleppende Wirtschaftswachstum, die geopolitischen Unsicherheiten sowie die Handelspolitik der USA.

Die Probleme der deutschen Wirtschaft sind grundlegender Natur und bedürfen eines radikalen Wandels der Wirtschaftspolitik hierzulande. Der angekündigte Herbst der Reformen der aktuellen Regierung ist dringend nötig, wenn es auch vermutlich eher ein Winter der Reformen wird.

Wir brauchen mehr Tempo bei Genehmigungsverfahren und weniger Bürokratie. Des Weiteren ist es in Anbetracht der demografischen Situation in Deutschland wichtig, dass das vorhandene Arbeitskräftepotenzial auch vollständig genutzt wird und über eine Staatsmodernisierung nicht nur geredet, sondern diese auch umgesetzt wird. Der haushaltspolitische Konsolidierungsdruck der großen Koalition sollte als Treiber hierfür eigentlich ausreichend sein.

Über die apoBank

Die Deutsche Apotheker- und Ärztebank (apoBank) ist die größte genossenschaftliche Primärbank und die Nummer eins unter den Finanzdienstleistern im Gesundheitswesen. Kunden sind die Angehörigen der Heilberufe, ihre Standesorganisationen und Berufsverbände, Einrichtungen der Gesundheitsversorgung und Unternehmen im Gesundheitsmarkt. Die apoBank arbeitet nach dem Prinzip "Von Heilberuflern für Heilberufler", d. h. sie ist auf die Betreuung der Akteure des Gesundheitsmarktes spezialisiert und wird zugleich von diesen als Eigentümern getragen. Damit verfügt die apoBank über ein deutschlandweit einzigartiges Geschäftsmodell.

www.apobank.de

Seit der Gründung vor 120 Jahren ist verantwortungsbewusstes Handeln in den Unternehmenswerten der apoBank fest verankert. Sie setzt sich fürs Miteinander ein, fördert Zukunftsprojekte, Kultur sowie soziales Engagement und investiert in Nachhaltigkeit und ökologisches Bewusstsein:

www.apobank.de/mehr-ermoeneglichen

Kontaktpersonen



Christoph Koos

Pressekontakt

Pressesprecher

christoph.koos@apobank.de

+49 211 5998 154